

Angesichts der hartnäckigen Krise darf die deutsche Politik nicht alternativlos auf das Funktionieren der Rettungsstrategie setzen

Nicht ohne einen Plan B

Von Gerd Held

Die Krise ist nicht zu Ende. Vieles spricht dafür, dass sich im Herbst zeigen wird, wie zäh sie ist und wie nachhaltig sie in die gewohnten Verhältnisse unseres Landes eingreifen wird. Experten sagen voraus, dass die Krise erst dann wirklich bei den Unternehmensfinanzen, auf dem Arbeitsmarkt und beim Konsum ankommen wird. Man muss auch damit rechnen, dass sie auf die Staatsfinanzen durchschlägt und die Kredite für die öffentliche Hand nicht mehr so sprudeln. Mehr und mehr wird deutlich, dass es hier nicht um ein kurzes heftiges Drama mit „Absturz“ und „Rettung“ geht. Es ist kein Sturm, der sich entlädt und dann vorüber ist. Es sind die Verhältnisse am Boden, die sich verändern. Die Lage der Nation ist tiefer berührt. Sie wird kaum erörtert. Es wird oft gesagt, Deutschland stehe relativ gut in der Krise da. Aber wir müssen auch mit der Möglichkeit rechnen, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt haben und unser Fenster im Weltmarkt und Weltgeschehen etwas enger wird. Das hat eine Konsequenz für das Wahljahr 2009: Es kommt nicht so sehr darauf an, am 27. September zu siegen, sondern darauf, was man danach machen kann. Die Begegnung zwischen Exekutive und wählendem Volk ist eine Chance, aber man kann dies Rendezvous auch völlig vermasseln.

In der gegenwärtigen Situation gibt es ein starkes, entscheidendes Argument des bürgerlichen Lagers. Es ist unwiderlegt. Nicht mal die Linke traut sich, ihm offen zu widersprechen. Das Argument besagt, dass größere Herausforderungen nur zu meistern sind, wenn die eigene Initiative der Menschen freigesetzt wird. In der gan-

zen Breite, die ein modernes Land heute ausmacht, funktioniert das Ersatzhandeln einiger weniger nicht. Das gilt in der Wirtschaft wie in der Politik. Die Kraft der Menschen wird gebraucht. Aber diese eigene Kraft lässt sich nicht von der Selbstbestimmung trennen. Neue Kraft ist nur durch mehr Respekt von Bürgerfreiheit zu gewinnen. Wer kann sich im Ernst einen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland vorstellen, der nicht auf die Eigeninitiative von Unternehmern und Arbeitnehmern gebaut ist, sondern auf Programm I, II, III... ? Auch im eigenen Aufgabenbereich des Staates, in den Schulen, in der Pflege, im Wohnviertel zieht das Argument. Der Staat braucht den Citoyen als Gegenpart. Ohne ihn geht nichts mehr.

Es ist ganz im Sinn dieses Arguments, dass CDU und CSU in ihrem Wahlprogramm Steuererleichterungen in Aussicht stellen. Was denn sonst? Wer mit neuen Steuern versuchen würde, der Krise immer weiter hinterher zu finanzieren, würde nur einen Teufelskreis aus erlahmender Bürgerinitiative und teuren Ersatzhandlungen eröffnen. Und doch hat der Vorschlag der CDU/CSU einen Haken. Er setzt einen ganz außerordentlichen Aufschwung voraus. Angesichts der Unsummen, die das Staatsdefizit inzwischen ausmacht, müsste eine Art Wirtschaftswunder kommen, eine ganz neue Ära des Exportweltmeisters Deutschland. Das kann man sich nicht recht vorstellen. Es ist, mit Verlaub, ein ziemlich spekulativer Politikansatz. Nun werden die Strategen sagen, dass Wahlkampf eben so ist und man positive Botschaften braucht. Lassen wir das mal so stehen. Vielleicht ist es wirklich unver-

meidlich, dass die CDU/CSU das gute bürgerliche Grundargument in einem solchen optimistischen Plan A präsentiert.

Aber es gibt eine zweite Möglichkeit, aus diesem Grundargument etwas zu machen. Diese zweite Option müsste deutlich auf Einsparungen setzen. Viele Sozialausgaben, viele Aufwendungen im Bildungs- und Gesundheitswesen sind im Grunde Ersatzausgaben. Sie ersetzen bürgerliche Eigeninitiative. Jede neue Fördermaßnahme, jede neue Betreuung, jede Einkommensgarantie jedes neue Gleichheitsversprechen ist ein weiterer Schritt des Misstrauens gegen die Kraft der Bürger. Bei der „individuellen“ Förderung, bei der wir jetzt in vielen Bereichen angelangt sind, wird dies Misstrauen besonders intim und besonders teuer. Das gute bürgerliche Argument dementiert sich selbst. Wenn dazu jetzt eine Dauerförderung ganzer Wirt-

schaftsbranchen kommt, ist es begraben. Deshalb ist es wichtig, mit einer Ausgabenkritik des Staates Ernst zu machen. Für den Fall, dass die Wirtschaftserholung schwächer ausfällt, brauchen wir ein Sparprogramm. Diese Option müsste schon heute vor den Bürgern dargelegt werden. Sie müssen sich schon jetzt damit befassen können, sonst werden sie später ein Sparprogramm nur als Gewalt „von oben“ sehen. Das bürgerliche Lager braucht einen Plan B.

Mit beiden Optionen ist das bürgerliche Lager besser aufgestellt als nur mit einer. Ist das zu kompliziert? Einfacher ist eine Perspektive für unser Land in diesen Zeiten nicht zu haben. Die Bürger sehen ja die Defizite und wollen ernst genommen werden. Es wäre schlimm, wenn ausgerechnet die Linke sich als Gralshüter der Redlichkeit aufführen könnte.

(Manuskript vom 3.7.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 7.7.2009 unter der Überschrift „Bürger brauchen einen Plan B“)